

Leipzig, 1. Dezember 2009



Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft

Landesbezirk
Sachsen,
Sachsen-Anhalt,
Thüringen

Fachbereich
Ver- und Entsor-
gung

Schock über Ablehnung eines Mindestlohns in der Abfallwirtschaft – ver.di befürchtet weitere Lohnspirale nach unten

„Ich bin geschockt über die Kaltblütigkeit, mit der die FDP, insbesondere Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle Tausende Menschen einem Hungerlohn überlässt.“ Johannes Stiehler, Leiter des Fachbereichs Ver- und Entsorgung bei ver.di in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen reagierte mit großer Enttäuschung auf die Nachricht, dass ein Mindestlohn für die Abfallbranche heute im Bundeskabinett vorerst am Veto der FDP scheiterte.

In Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen seien gut 10.000 Beschäftigte und deren Familien unmittelbar von dieser Entscheidung betroffen. Nur etwa die Hälfte der Branche ist in Mitteldeutschland tarifgebunden. In den nicht tarifgebundenen Unternehmen werden laut Stiehler Brutto-Stundenlöhne um 6 Euro und darunter gezahlt.

„Die Hoffnungen gerade dieser Kolleginnen und Kollegen auf einen Branchenmindestlohn waren groß. Umso größer ist jetzt die Wut auf eine Regierung, die parteipolitische Ideologie über die Interessen der Menschen stellt“, beschreibt der Gewerkschafter die Stimmung in den Betrieben. Mit einer Aufnahme der Branche in das Entsendegesetz wäre eine Anhebung der Stundenlöhne auf 8,02 Euro verbunden gewesen. „Das wäre ein kräftiger Impuls für die Kaufkraft, den wir gerade jetzt dringend brauchen, um dem heimischen Markt auf die Beine zu helfen.“

Ein Mindestlohn für die Abfallwirtschaft hätte dem in dieser Branche herrschenden Dumpingwettbewerb einen Riegel vorgeschoben. „Nun ist zu befürchten, dass sich die Lohnspirale nach unten weiter dreht“, ist Stiehler besorgt. Der Druck auf die Unternehmen, die noch Tarif zahlen wachse. „In der Folge der heutigen Entscheidung droht weitere Tarifflicht, noch mehr Hungerlöhne, weiter wachsende Armut“, skizziert Stiehler ein düsteres Bild. „Das kann und darf nicht Ziel der Politik sein. Die Menschen erwarten mehr Verantwortung für unser aller Zukunft.“

Der Koalitionsausschuss hatte heute Vormittag entschieden, die Einführung eines Mindestlohns für die Abfallwirtschaft auf unbestimmte Zeit zu vertagen. Die Union war für die Umsetzung, scheiterte aber an der FDP. Nach einer Klausel im Koalitionsvertrag wird bei solchen Verordnungen Einvernehmen im Kabinett vorausgesetzt.

**Rückfragen richten Sie bitte direkt an
Johannes Stiehler, 0177 21312 38**

Pressemitteilung

Aktuelle Informationen
finden Sie auch im Internet:

www.sat.verdi.de

V.i.S.d.P.:
Johannes Stiehler
ver.di-Landesbezirksfachbereichs-
leiter für Sachsen, Sachsen-Anhalt,
Thüringen

Pressestelle:
Karl-Liebknecht-Str. 30-32
04107 Leipzig

Tel. 0341 52901 160
Fax 0341 52901 620
eMail: Lbz.sat@verdi.de